

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

20.11.1924 (No. 272)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verantwortlicher:
Hr. 953
und 954
Polstschekfonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. M. e. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,50 Geldmark...
Anzeigengebühr 12 Geldmark für 1 mm Höhe und ein
Zeichenbreite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und vorzuziehen ist...

Tschechische Kommunisten
und Moskau

Aus Prag wird uns geschrieben:
Die Neigung der Bolschewisten, sich in die inneren
Verhältnisse anderer Länder einzumischen, bereitet nicht
selten ihren eigenen Gefährdungsgenossen in diesen Län-
dern arge Verlegenheit. So hat der Beschluß des dies-
jährigen Kongresses der III. Internationale in Moskau,
der den tschechischen Kommunisten eine größere Rehabili-
tation der Taktik auferlegte und insbesondere forderte,
das Selbstbestimmungsrecht der nationalen Minderheiten
bis zur Loslösung vom Staate zu fördern, die tschechi-
schen Kommunisten in ernste Verlegenheit gebracht.

Die tschechoslowakische kommunistische Parteileitung hat
bis heute in nationalen Fragen eine zentralistische Taktik
verfolgt und durch Anerkennung des tschechoslowakischen
Staates in seinen gegenwärtigen Grenzen als einer
Errungenschaft der Revolution das Anwachsen der Par-
tei sehr gefördert. Nun sollte die Parteileitung auf ein-
mal die von ihr als nützlich erprobte Taktik über den
Haufen werfen und sich auf den entgegengesetzten Stand-
punkt stellen.

Der sehr befähigte kommunistische Parteiführer Sme-
ral war von vornherein nicht geneigt, sich Moskau in
dieser Hinsicht zu unterwerfen. Wüste er doch besser als
Berr Zinoviev, auf den der oben erwähnte Moskauer
Beschluß zurückzuführen war, daß sogar die Kommuni-
sten in der Tschechoslowakei, soweit sie tschechischer Ab-
stammung sind, keineswegs sich nationalen Empfindun-
gen verschließen, zumal in der Tschechoslowakei sich teil-
weise der soziale Gegensatz mit dem nationalen deckt.
Ferner ist Smeral der Ansicht, daß es vom Standpunkte
der kommunistischen Auffassungen aus ein Unsinn wäre,
wenn man die von Moskau ausgegebene Parole einfach
befolgte, weil z. B. die Kommunisten ungarischer Ab-
stammung, wenn sie die Loslösung der an Ungarn an-
grenzenden Gebiete von der Tschechoslowakei und deren
Angliederung an Ungarn anstreben wollten, viel schlech-
ter daran sein würden als gegenwärtig, da sie in dem
von Horthy regierten Ungarn viel weniger ihre politi-
schen Auffassungen zur Geltung bringen könnten, als in
der Tschechoslowakei. Die das Moskauer Diktat ableh-
nende Auffassung Smerals ist auch von seinem Partei-
genossen Kreibich und der Mehrzahl der kommunistischen
Abgeordneten geteilt worden.

Trotzdem hatte der linke Flügel der Partei, der beson-
ders unter den Kommunisten der Hauptstadt Prag einen
starken Anhang besitzt, unter Führung des tschechischen
Schriftstellers Joao Olbracht sich mit Zinoviev identisch
erklärt und strenge Unterordnung unter das Moskauer
Diktat verlangt. Da aber, wie in den meisten Ländern,
das Land nicht so radikal denkt wie die Hauptstadt, so
hat Smeral auf einem Distriktskongreß einen glänzenden
Erfolg gehabt, da von 142 Delegierten sich nur 3 für
die völlige Unterwerfung unter das Moskauer Diktat
erklärten. Dabei hat Smeral in seiner Rede auf dieser
Tagung kein Wort vor den Mund genommen. Er er-
klärte u. a., Moskau hätte kein Verständnis für die Ver-
hältnisse in der Tschechoslowakei und die tschechoslowaki-
schen Kommunisten könnten nicht gezwungen werden,
die Unfehlbarkeit Moskaus anzuerkennen. Diese mutige
Haltung Smerals hat nicht nur auf die Delegierten des
Distriktskongresses Eindruck gemacht, sondern merkwürdiger-
weise auch auf Herrn Zinoviev, der, nach seinen Arti-
keln in der „Zvestija“ zu schließen, einen geordneten
Mächtig in der tschechoslowakischen Frage anzutreten
scheint.

Wie gefährdet die Sache der tschechoslowakischen Kom-
munisten gewesen wäre, wenn sie, wie es ihre Linke ge-
wünscht hätte, Moskau einfach gehorcht hätten, geht
daraus hervor, daß eine Reihe bürgerlicher tschechischer
Blätter bereits die Auflösung der kommunistischen Par-
tei gefordert hatte, falls die Kommunisten sich für die
nationale Selbstbestimmung der Minderheiten in der
Tschechoslowakei nach den Moskauer Grundsatzen erklä-
ren sollten.

Dieser Vorschlag ist wohl nicht ohne Interesse auch für
andere Länder. Er zeigt, daß in der Tschechoslowakei
sogar die Kommunisten Rücksicht auf die nationalen Emp-
findungen nehmen und daß zum mindesten ein Teil der
kommunistischen Anhänger auch selbst national empfindet. Vom Standpunkte des Deutschtums in der
Tschechoslowakei wird man diese Stärke des National-

empfindens in allen Schichten des Tschechentums — es
ist bezeichnend, daß Smeral sich auf dem Bezirkskongreß
über die Taktik der Kommunisten in der Frage des
Selbstbestimmungsrechts der Deutschen in der Tschecho-
slowakei diplomatisch ausgeschwiegen hat — natürlich
nur mit sehr gemäßigten Empfindungen betrachten könn-
en, aber es wäre töricht, sich den nun einmal gegebenen
Tatsachen verschließen zu wollen; es wird viel besser
sein, dieses tschechische Nationalgefühl als Vorbild für
das eigene Verhalten und Empfinden zu nehmen.

Opposition der Deutschen und anderer
Minoritäten

Wie aus Prag gemeldet wird, trat dort das Abgeordnetenhaus
in die Beratung des Staatshaushaltsvoranschlags für 1925 ein.
Dr. Gsch, deutscher Sozialdemokrat, sagte u. a.: Vier Jahre
haben sich die Abgeordneten der Deutschen sozialdemokratischen
Arbeiterpartei mit übermenschlicher Geduld auf diesem un-
fruchtbaren Boden abgemüht, in der Hoffnung, daß wenigstens
die kaisertlichen Ausstellungen unterlassen und die härtesten
Bedrückungen gemildert würden. Sie haben uns aber immer
wieder schmerzvolle Enttäuschungen bereitet. Und gerade jetzt,
da das Land unter den Folgen der von Ihnen herbeigeführten
Wirtschaftskrise leidet, haben Sie alle Weisen der Unter-
drückung getroffen. Laufende von Staatsbediensteten wollen
Sie brotlos machen. Die Bodenreform wird zur gewaltsamen
Nationalisierung mißbraucht. Eine neue Drosselung des
deutschen Schulwesens ist im Zuge und die Anebelung der
Presse- und Versammlungsfreiheit härter denn je. Immer
unberücksichtigt kommt der nationalitätliche Nachgeborene zum
Ausdruck. Nach einem sechsjährigen Bestande dieses Staates
gibt es noch Gebiete, die hier im Hause nicht vertreten sind.
Es liegt sehr nahe, der Gewalt, die Sie anwenden, Gewalt
entgegenzusetzen. Aber Sie hätten dann nur einen billigen
Vorwand, den Staatsangehörigen und Pensionären zu ver-
weigern, was Sie ihnen zu geben sich endlich entschließen
müssen. Darum betreten wir einen anderen Weg: Wir lassen
Sie bei der Beratung und der Abstimmung über den Haus-
halt allein, um so zu zeigen, daß Sie nicht parlamentarisch
und auch nicht demokratisch regieren.

Darauf ergriff Abg. Erbschel vom Bund der deutschen
Landwirte das Wort und sagte u. a.: Die Kontrolle der Ver-
waltung ist in diesem Hause längst wertlos gemacht worden.
Es ist zu befürchten, daß die Staatsverwaltung in unrettbare
Verwirrung gerät. Der den deutschen Anwohnern dorentfalte-
tene deutsche Boden wird zu Zwecken der Tschechisierung ver-
wandelt. Dem deutschen Landwirt wird der Heimatboden ge-
nommen. Das schließt unserer Geduld den Boden aus. Wir
wollen nicht weiter die Rolle von Stakelien übernehmen, wir
erklären, daß wir uns an der weiteren Behandlung des
Staatshaushaltsvoranschlags nicht beteiligen.

Abg. Jans, deutschnationaler Sozialist, erklärte: Eine
weitere Beteiligung an diesen Arbeiten wäre überflüssige Zeit-
verschwendung. Wir sind uns klar, daß die Minderheits-
bölzer, vor allem die Sudetendeutschen, dauernd unter Druck
gehalten werden sollen. Die Angst vor einem Wiederanstieg
deutscher Volkskraft ist das stärkste Mittel gegen die Min-
derheiten in Bewegung. Man kann uns wirtschaftlich er-
drosseln und zum Heeresdienst nötigen, aber man kann in uns
das Bewußtsein nicht erlösen, daß wir als ein Teil des deut-
schen Volkes Pflichten zu erfüllen haben, wonach wir in Schil-
denstunden handeln werden. Diese Pflichten ruhen in dem
Mausen an Alldeutschlands Zukunft, dessen Erleben eine
Voraussetzung für eine gerechte Ordnung der europäischen
Verhältnisse ist. Wir waren vor diesem Staate hier und
werden nach ihm hier sein! (Beifall.)

Abg. Jans, deutschnationaler Sozialist, erklärte: Die Re-
gierungsmänner haben keine einzige Falschheit gehalten. Kein
Männerwort war heilig genug, um nicht gebrochen zu werden.
Das muß auch dem letzten unserer Volksgenossen zum Bewußt-
sein bringen, daß es auf dem bisherigen Wege des Hoffens
nicht weitergehen kann.

Im weiteren Verlauf der Sitzung erklärte auch die slova-
kische Volkspartei, daß sie sich an den Beratungen nicht betei-
ligen werde. Ferner erklärten Dr. Kermendy Gies (ungarisch-
christlich-sozial), ein Vertreter der russischen Autochthonen-
Partei und Antal in russischer Sprache namens der tschecho-
slovakisch-autonomen landwirtschaftlichen Verbandes, an der
Subjektdebatte nicht teilzunehmen.

Die Redner der Regierungsparteien beschäftigten sich sämt-
lich mit dem Ergoß der oppositionellen Parteien, wobei sie
erklärten, daß die Fundgebungen der deutschen Parteien nur
bestehen, daß der Widerstand der Deutschen nicht ein Wider-
stand gegen die Koalition, sondern offener Kampf gegen den
Staat sei.

Die Kabinettsumbildung in Polen. Die Umstellung des pol-
nischen Kabinetts ist beendet. Wie aus Warschau gemeldet
wird, vollzog am Dienstagabend der Präsident der Republik
die Ernennung der neu berufenen Minister. Der polnische
Bürgermeister Dr. Pawel Patacki wird Minister des Innern,
Anton Jachinski, früher Staatsanwalt am Obersten Gericht,
wird Justizminister, Franz Sosa, bis jetzt polnischer Dele-
giert beim Internationalen Arbeitsamt in Genf, wird Ar-
beitsminister, Abg. Tugut wird nicht, wie bis jetzt angenom-
men wurde, Vizepremier, sondern Minister ohne Portefeuille
mit den Angelegenheiten der Ostmarken als besonderen Wir-
tungsbereich.

Stresemann zur Dolchstoßlegende

Ein Berliner Montagsblatt bringt außerordentlich inter-
essante Ausführungen Stresemanns über die Dolchstoßlegende.
Das Blatt ist in den Besitz des Protokolls einer vertraulichen
Sitzung der Nationalliberalen Partei vom 13. Oktober 1918
gekommen. In dieser Versammlung, an der die Landesvor-
sitzenden der Nationalliberalen Verbände und der Generalsekretär
der Partei teilnahmen, führte Dr. Stresemann aus:

„Es ist in der Öffentlichkeit behauptet worden, der Reichstag
habe wieder einmal die Kerben verloren. Demgegenüber muß
doch betont werden, daß das Parlament ohne Unterschied der
Parteien in dieser Krisis die festesten Nerven gehabt hat. Die
Erfrühtungen des letzten Restes von Siegeswillen, die ist
ausgegangen von der Obersten Heeresleitung und von nie-
mand anders.“

Damals wurden die Fraktionsvorsitzenden von dem Vize-
kanzler v. Beyer zusammenberufen. Es wurde uns die Mit-
teilung gemacht, daß wir den Frieden haben müßten. Herr
von Beyer erklärte uns, er könne nichts weiter dazu sagen,
denn er habe selbst erst seit 24 Stunden von diesen Dingen
Kenntnis. Darauf brachte als Vertreter der Obersten Heeres-
leitung Herr von dem Busche ein Exposé zum Vortrag, in
dem die Oberste Heeresleitung erklärte, es sei notwendig, den
Kampf abzubrechen und den Versuch zu machen, sobald wie
möglich den Frieden zu erreichen. Die näheren Bedin-
gungen für diesen Friedensschritt werden nicht einmal
gedeutet. In dem Exposé befanden sich unverkenn-
bare Widersprüche. So wurde z. B. gesagt, es be-
stehe keine unmittelbare Gefahr an der Westfront. Anderer-
seits wurde betont, es müsse sofort ein Schritt gehen.
Schon eine Verzögerung von Stunden könne für Deutschland
Lebensgefahr mit sich bringen. Herr von Beyer hat darauf
hingewiesen, daß er diesen Schritt tue, da die Oberste Heeres-
leitung derart dränge, wenigleich er sagen müsse, daß
man die Dinge ja auch in Ruhe bedenken könne, wenn für
die Westfront keine Gefahr bestehe. Die Parteiführer stellten
sich auf den Standpunkt, daß eine Überführung nicht am
Platze sei. Ich selbst habe nach der Unterredung Herrn
v. Busche geschrieben, ich könnte mich nicht zu einem Schritt
entschließen, der eine Preisgabe deutschen Landes notwendig
mache. In diesem Sinne hat sich sogar der Abgeordnete
Haase in der Konferenz ausgesprochen.

Wenn also davon gesprochen wird, daß in jenen entschei-
denden Stunden die Kerben verlegt hätten, so muß ich der
Wahrheit entsprechend sagen, daß das nicht bei dem Parla-
ment, sondern bei der Obersten Heeresleitung der Fall ge-
wesen ist. Die anders reden und schreiben, betrogen das
deutsche Volk.

Wie haben in jenen Stunden den Kopf oben behalten. Was
dazu geführt hat, daß ein Niederbruch der Stimmung im
Hauptquartier erfolgt ist, wissen wir heute noch nicht.“

Stresemann wirft dann die Frage auf, „ob es denn so
schlecht stand, daß solche Überführung nötig war.“ Dazu sagt
er: „Es wird behauptet, daß man sich bei dem Friedensschritt
überreiß habe. Wenn das zutrifft, so muß man darauf hin-
weisen, daß das Drängen aus dem Hauptquartier kam. Es
kann niemand widersprechen, wenn Ludendorff sagt: „Es
eilt!“ Warum eilt es? Ludendorff sagte: „Uns fehlt der
Erfolg für die Verluste, die wir Tag für Tag erleiden. Der
Feind hat gewiß höhere Verluste, aber er hat die Möglichkeit,
sie rasch und leicht zu erzielen. Es fehlt uns auch die techni-
sche Überlegenheit des Feindes. Im nächsten Frühjahr würde
seine Überlegenheit an Reserve und Material noch größer
sein.“

So stehen wir vor einer schweren Erschütterung unserer
Lage. Nur mit den bittersten Empfindungen haben wir dem
zugestimmt, was ungewissheit als eine Demütigung des
deutschen Reiches erscheinen muß. Aber wir haben doch nur
zugestimmt, nachdem nicht nur Ludendorff, sondern sämtliche
Heeresführer und ihre Generalstabschefs den Schritt gebilligt
haben. Wer hätte da noch der Heimat sagen wollen, sie
müssen unter allen Umständen weiter kämpfen?“

Der Prozeß gegen den General v. Rathenau wird heute um
1.30 franz. Zeit vor dem Kriegsgericht des 1. Armeekorps ver-
handelt werden. — Wie das Pariser „Oeuvre“ feststellt, wird
das Kriegsgericht wahrscheinlich aus den Offizieren gebildet
werden, aus denen es normal im Augenblick zusammengesetzt
ist. Entgegen der Annahme würden also jedenfalls keine hö-
heren Offiziere als Richter fungieren. Man werde also keine
Rücksicht auf den Grad des Angeklagten nehmen.

Der Mörder Erzbergers verschwunden. Aus Belgrad wird
gemeldet, daß der Erzbergermörder Heinrich Schulz auf der
Reise nach Südflawien aus dem Wagen entsprungen ist und
sich später nach Belgrad geflüchtet hat, wo er bisher nicht auf-
gefunden werden konnte. Die südflawische Regierung ist an-
geblich entschlossen, Schulz, sobald dessen Festnahme erfolgt
ist, sofort nach Deutschland auszuliefern. Nach einer anderen
Version soll Schulz auf der Flucht nach der Türkei Südflawien
bereits wieder verlassen haben.

Gaillaux und Malvy amnestiert. Der französische Senat
hat am Dienstag die Diskussion über das Amnestiegesetz fort-
gesetzt und zwei wichtige Entscheidungen getroffen. Der frü-
here Minister Malvy, der am 7. August 1918 vom Staats-
gerichtshof abgeurteilt wurde, ist mit 196 gegen 92 Stimmen
und Gaillaux, der am 28. April 1920 verurteilt wurde, mit
176 gegen 104 Stimmen amnestiert worden. Sobald das Am-
nestiegesetz in der Fassung des Senats von der Kammer ange-
nommen werden wird, kann Gaillaux wieder seinen Wohnsitz
in Paris und aktiven Anteil an der Politik nehmen.

Politische Neuigkeiten

England und das Genfer Protokoll

Die englische Regierung hat jetzt den Völkerverbund gebeten, die Ausarbeitung des Genfer Protokolls von der Tagesordnung der nächsten Tagung des Völkerverbundes in Rom zu streichen. Die englische Regierung begründete dies mit der Notwendigkeit, vor ihrer Stellungnahme mit den Dominions zu beraten. Wenn der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ jetzt erklärt, daß damit das Genfer Protokoll zum alten Eisen geworfen sei, so geht dies zwar nicht notwendig aus der Haltung der englischen Regierung hervor, aber es ist kaum zweifelhaft, daß diese nach der höchsten Art sucht, um die Gesamtfrage auf eine neue Basis zu bringen. Man verweist dabei darauf, daß — von Amerika abgesehen — Staaten wie Frankreich, Italien und Japan dem Protokoll ziemlich kritisch gegenübersehen. Wemgleich das Genfer Tempo dadurch wesentlich verlangsamt wird, werden so wichtige Dinge, wie der Schiedsgerichtsantrag und die Abrüstungskonferenz keineswegs verloren gehen, und es ist denkbar, daß England Amerika dabei eine größere Rolle als bisher zugewiesen wünscht.

Das Organisationskomitee der Reichsbahn

bestehend aus den deutschen Mitgliedern Staatssekretär Bogt und Staatssekretär Bergmann und den ausländischen Mitgliedern Sir William Acworth und Leberde trat am Mittwoch in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Zur Behandlung kamen laufende Fragen im Zusammenhang mit der Übergabe der Reichsbahnen und der Durchführung des Eisenbahngesetzes. Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ erzählt, galten die Beratungen hauptsächlich Verkehrsfragen des besetzten Gebietes. Es wurde festgestellt, daß die Übergabe der Reichsbahnen sich reibungslos vollzogen habe. An Hand der neuen Ordnungen der Rheinlandkommission wurde über die Beziehungen der Reichsbahndirektion im besetzten Gebiet zum Befehlsmilitär gesprochen. Die Frage der Truppenbeförderung und andere Einzelfragen wurden erörtert.

Der deutsche und preussische Städtetag in Dortmund

Die Befreiung der Stadt Dortmund von der französischen Besetzung hatte die Vorstände des Deutschen und des Preussischen Städtetages veranlaßt, am 14. und 15. November eine Sitzung in Dortmund abzuhalten. In den beiden Sitzungen standen die Finanz- und die Wohnungsfrage im Vordergrund. Zur bevorstehenden Neugestaltung des Reichsfinanzgesetzes erhob der Deutsche Städtetag nochmals die grundlegende Forderung, daß die auf dem Grunde der Selbstverwaltung ruhende Volkswirtschaft unter allen Umständen auch durch Widerverleihung der Zuständigkeit der Einkommensteuer ihre notwendige Ergänzung finde, wobei es den Ländern zu überlassen sei, für den weiteren Ausgleich unter den einzelnen Gemeinden zu sorgen. In der Aufnahme kommunaler Auslandsanleihen ist äußerste Zurückhaltung der einzelnen Städte am Platze.

Der Städtetag stimmte auch durchwegs der Reichsregierung und der preussischen Regierung zu, daß Auslandsanleihen nur zu produktiven Zwecken zulässig seien und die Verpfändung einzelner Sicherungsobjekte gänzlich ausgeschlossen ist. Eine allgemeine Aufwertung der städtischen Anleihen läßt sich nach Auffassung des Städtetages nach der gegenwärtigen Lage der öffentlichen Finanzen nicht rechtfertigen. In der Wohnungsfrage ist baldige Erreichung der freien Wirtschaft als Ziel aufzustellen, in dessen Rahmen dieses Ziel nur schrittweise erreicht werden in dem Maße, wie die Nachfrage und Angebot sich ausgleichen. Einwillen muß mit Hilfe der Hauszinssteuer eine tatkräftige Förderung des Wohnungsbaues erstrebt werden. Gegen die Absicht des preussischen Handelsministeriums, auf Umwegen die städtische Elektrizitätswirtschaft an staatliche Aufsicht und Genehmigung zu knüpfen, wurde auf das schärfste Stellung genommen.

Im bayerischen Landtag

der den Etat des Ministeriums des Äußeren besprach, trat Probst (Bayr. Volkspartei) für die Beibehaltung dieses Ministeriums als Ausdruck der Staatspersönlichkeit Bayerns ein, ferner für die Notwendigkeit der Erhaltung der inneren deutschen Gesandtschaften. Auch die bayerische Gesandtschaft beim Vatikan müsse aufrecht erhalten werden. Nebenher wünschte er weiter, daß der landsmännliche Charakter d. Reichswehr in Bayern aufrecht bleibe. Die beabsichtigte Verlegung der Inf.-Schule nach Dresden solle unterbleiben. Müller (Soz.) erklärte, daß seine Partei gegen die Gesandtschaften in Stuttgart und beim Vatikan stimmen werde. Er erklärte, die Sozialdemokraten würden Staat und Republik jederzeit mit Nägeln und Nähen verteidigen. Er kritisierte schließlich scharf die Vorgänge beim Hitlerprozeß und das ganze juristische Verfahren. Bauer (D.L.) betonte, wenn seine Partei in die Regierung eintreten werde, werde sie den Kampf gegen das Dovesgutachten aufnehmen, dem Etat des Ministeriums des Äußeren stimme seine Partei zu.

Im weiteren Verlauf der Staatsberatung kam es zu erregten Szenen während der Rede des bayerischen Abgeordneten Buttman, als dieser, gegen den Ministerpräsidenten gewandt, es als eine Ungeheuerlichkeit bezeichnete, daß Hitler noch in Landsberg schmachtet. Von den Rängen der Reichstagen wurden beledigende Zurufe gegen den Ministerpräsidenten gerichtet. Der bayerische Straßer rief dem Ministerpräsidenten wiederholt zu: „Wai über diese Klassenjustiz!“. Die bayerischen Abgeordneten stimmten im Echo ein. In der Zwischenzeit kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern der Bayerischen Volkspartei und des Reichstages, die in einen wirren Lärm ausarteten. Ein bayerischer Abgeordneter rief im weiteren Verlauf, zum Regierungssitz gewendet: „Bayern wird von einer Saubande regiert“. Präsident Königbauer konnte sich im Laufe sein Gehör verschaffen. Der Ministerpräsident verließ hierauf den Saal, ihm folgte Präsident Königbauer. Die Sitzung wurde hierauf unterbrochen.

Ein Bombenanschlag in Kairo

In Kairo ist Mittwoch nachmittag ein Bombenattentat gegen den englischen Oberbefehlshaber der ägyptischen Armee, Sir Lee Staff, verübt worden. Als Sir Lee gegen 1.45 Uhr das Kriegsministerium verließ, wurden zwei Bomben gegen ihn geschleudert. Die eine Bombe platzte nicht, die andere Bombe explodierte, aber Sir Lee wurde nicht verletzt. Die Täter gaben daraufhin mehrere Revolverkugeln auf den Oberbefehlshaber ab. Sir Lee wurde durch einen Brustschuß schwer verletzt. Der Chauffeur und ein Polizist wurden durch die Schüsse ebenfalls verletzt. Die Verwundeten wurden ins Hospital transportiert. Die Täter sind entflohen. Jagul Pascha, die Minister und die Deputation der Kammer sprachen beim britischen Botschafter vor und drückten den Abscheu und das Bedauern über das Verbrechen aus.

London, 20. Nov. In einem Leitartikel der „Times“ heißt es, das in Kairo begangene Verbrechen sei zweifellos ein politisches. Weder die Regierung noch die Volkswirtschaft Ägyptens, noch Jagul Pascha könnten von der moralischen Verantwortung dafür freigesprochen werden. Eine sofortige und energische Aktion sei notwendig. Im „Daily Express“

heißt es, die Deklaration vom Jahre 1922 müsse aufgehoben werden. England müsse seine Aktionsfreiheit wiedererhalten. Der Traum von einem unabhängigen Ägypten sei vorbei.

Kurze Nachrichten

Die Militärkontrolle vor dem Abschluß. „Newport Herald“ meldet, daß die Untersuchung der internationalen Militärkontrollkommission in Deutschland nahezu beendet ist. Entgegen gewissen sensationellen ausländischen Meldungen erzählt der Korrespondent des „Newport Herald“ aus Pariser autorisierter Quelle, daß die Kontrolle mit Ausnahme des durch einen General hervorgerufenen Zwischenfalls in Jngolstadt ganz und gar befriedigend verlaufen sei und die demnächstige Abreise der Kommission rechtfertige, die ihre Vollmachten vorher noch auf den Völkerverbund übertragen müsse.

Die deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen sollen demnächst wieder aufgenommen werden. „Daily Mail“ erklärt, in ministeriellen Kreisen herrsche die Ansicht, daß Grund zu der Hoffnung auf Erfolg bestehe. Gewisse von den Deutschen vorgebrachte Forderungen könnten nicht gewährt werden, insbesondere nicht die Abschaffung der 20prozentigen Reparationsabgabe. Aber in anderer Richtung werde den Deutschen vielleicht entgegenkommen werden. Später würde möglicherweise den Deutschen in beschränkter Anzahl gestattet, in die Handelsmarine einzutreten und Bankfilialen in England zu eröffnen. — Auch dem „Daily Telegraph“ zufolge werde die englische Regierung in der Frage der 20prozentigen Abgabe unter keinen Umständen zu einem Zugeständnis bereit sein.

Zusammenbruch des Berliner Hochbahnerstreiks. In einer Versammlung der Berliner Hochbahner wurde eine geheime Abstimmung vorgenommen, die laut „Vorwärts“ ergab, daß 700 Streikende nicht erschienen waren. Von den Abstimmen erklärten sich 890 für die Fortsetzung des Streikes und 408 für die Wiederaufnahme der Arbeit. Da die Streikleitung die 700 fehlenden Stimmen gegen eine Fortsetzung des Streikes werten mußte, erklärte sie, daß sie die Weiterführung des Kampfes auf Grund dieses Abstimmungsergebnisses nicht empfehlen könne. Die Blätter nehmen an, daß die Arbeit heute wieder aufgenommen werden dürfte.

Erhöhung des Preises deutscher Bücher in Österreich. Auf Beschluß der österreichischen Buchhändlervereinigung tritt beim Verkauf deutscher Bücher eine Umrechnung von 1 Goldmark in 1900 Kronen, statt bisher in 17000 Kronen ein. Die Preisprüfungsstelle hat diese Erhöhung wegen der hohen Betriebskosten der Buchhandlungen als berechtigt anerkannt.

Italien räumt kärntnerisches Grenzgebiet. Wie aus Klagenfurt gemeldet wird, wurde am Mittwoch das von Italien entzogene dem Bestimmungen des Friedensvertrages noch besetzt gebliebene österreichische Grenzgebiet mit der Stadt Thörl und Umgebung, wegen dessen die österreichische Regierung wiederholt bei der italienischen Regierung vorstellig geworden ist, geräumt.

Das portugiesische Ministerium ist zurückgetreten, da es im Parlament in der Minderheit geblieben ist.

Der Machtbereich Wu-Bei-Fus. Nach Berichten aus Hangtau sind an der neuen militärischen Regierung, die von Wu-Bei-Fu und mehreren Militärregimenten errichtet wurde, 9 Provinzen beteiligt. Wutschang ist die Hauptstadt.

Das Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 1923 (182 Seiten, Preis in Einzelheften gebunden M. 3.—, kartoniert M. 2.—, Berlin 1924, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes) ist soeben erschienen. Der Inhalt des Buches ist nicht nur ein Bericht über die Geschäftstätigkeit des Vorstandes, sondern gibt trotz der knappen Form ein zusammenhängendes Bild der deutschen Wirtschaft, der Haltung der Gewerkschaften und ihrer Bemühungen, die schlimmsten Folgen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs abzuwenden.

Aus der Wahlbewegung

Baden

Der Wahlvorschlag der Deutschnationalen Volkspartei in Baden

lautet: Dr. Hanemann Alfred, Landgerichtsdirektor, M.D.A., Mannheim; Schneider August, kaufmännischer Angestellter, M.D.A., Mannheim; Stump Ludwig, Oberpostsekretär Konstanz; Dehmuth Arthur, Schneidermeister, Pforzheim; Richter Johanna, Oberassistentin, M.D.A., Heidelberg; Kammerer Albert, Landwirt, Graben; Behringer Emil, Stadtratsmitglied Baden-Baden; Sturm Marie, Gärtnerin, Überlingen a. S.; Steber Albert, Landwirt, Röttingen; Mayr Sofie, Arbeiterin, Pforzheim; Lang Ferdinand, Glasermeister, Karlsruhe; v. Christmar, Generalmajor und Stadtrat, Freiburg; Bäuerle Christian, Hofkammer, St. Georgen i. Schw.; Dr. Jutler, Arzt, Schopfheim; Herrmann Gustav, Bürgermeister, Adelsheim; Kubewias, Wilhelm, Kaufmann, Mannheim; D. Mayer Friedrich Theodor, Oberförster, M.D.A., Karlsruhe.

Wahlkampf im Seekreis

Der Wahlkampf im Seekreis ist in vollem Gange. Für die Zentrumspartei sprach in diesen Tagen Reichsminister A. D. Dr. Wirth in Massenversammlungen in Rehrich, Raboltsell, Mimmenshausen und in Konstanz. Alle Versammlungen waren einen gewaltigen Besuch auf, da die Leute hunderte Kilometer weit herbeiziehen, um den bekannten Staatsmann zu hören. In Konstanz sprach Dr. Wirth in andertausendstündiger Rede über die großen politischen Fragen. Sämtliche Versammlungen verliefen ohne jede Störung.

Reich

Für die Landtagswahlen in Braunschweig

die gleichzeitig mit den Reichstagswahlen vor sich gehen, haben die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und die braunschweigisch-niedersächsische Partei Listenverbindung beschloffen.

Neuwahl der Bremer Bürgerschaft

Wie nach dem Verlauf der letzten Bürgerschaftssitzung zu erwarten war, wurde am Dienstag in der Bremer Bürgerschaftssitzung der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Auflösung der Bürgerschaft mit 74 gegen 43 Stimmen angenommen. Für den Antrag stimmten außer den Antragstellern die Kommunisten, die Demokraten, das Zentrum und die Hausbesitzer, dagegen die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationalen und die Deutsch-Völkischen. Die Rechtsparteien hatten angesichts der ausfallslosen Lage und der inneren Unmöglichkeit darauf verzichtet, einen neuen Vorschlag für die Neuwahl einzubringen. Die Neuwahlen für die Bürgerschaft finden am 7. Dezember statt.

Badischer Teil

Der Freiburger Kommunistenprozeß

6. Verhandlungstag

Freiburg, 19. Nov. Während es sich bei der zuletzt behandelten Angelegenheit vom Pulverhaus Keller um einen verurteilten Einbruchdiebstahl handelte, dreht es sich bei dem nächsten Verhandlungsgeschehen um einen vollendeten Einbruchdiebstahl in einem Schuppen des Kaufmanns Kiefer in Zell, der am 21. Oktober 1923 bei Nacht ausgeführt wurde.

Die Angeklagten haben bei dem Diebstahl mehr oder weniger aktiv gewirkt. Nach der Anklageschrift standen die Angeklagten Jäh, Sütterle und ein gewisser Baumgartner während des Diebstahls in der Nähe des Lagerhauses Wache. Sütterle und Grether stiegen ein. Sie fanden in einem leicht verschlossenen Schrank Brennias und Gewehrmunition, einige Gewehrstände und 20 Feldkugeln. Die Sachen wurden mitgenommen und in Kämmerles Wohnung gebracht. Es war davon die Rede, aus dem Pulver der übriggebliebenen Patronen Handgranaten zu fertigen. Im Anschluß an diesen Diebstahl stiegen dann die beiden Angeklagten Sütterle und Jäh nochmals in den Kiefer'schen Schuppen, um von einem in Schuppen stehenden Fahrrad Sattel und Reifen zu entfernen, in der Hauptsache aber, um nach Gewehren umhauen zu halten, die dort nach Meinung der Angeklagten von Fasziisten verborgen gehalten werden sollten.

Die Aussagen der Angeklagten in diesem Falle waren zum Teil recht vermerkt; häufig aber ergaben sich Widersprüche zwischen den einzelnen Aussagen. Der neben dem flüchtigen Grether Hauptbeteiligte, der Angeklagte Sütterle, gab an, von Grether zur Teilnahme an dem Diebstahl gedrängt worden zu sein, gab aber die Richtigkeit der Schilderung der Anklageschrift mit unwesentlichen Einschränkungen unumwunden an. Eine sehr verhängnisvolle Rolle spielte auch der Angeklagte Greth nach der Anklageschrift. Dieser war nach dem Eintreffen der Beute in Kämmerles Wohnung von letzterem herbeigerufen worden. Er leugnete nun, bei seinem Einzukommen gewirkt zu haben, daß die auf dem Tisch ausgebreiteten Patronen etc. aus einem solchen ausgeführten Diebstahl der Genossen herührten. Er gestand allerdings zu, die für seinen Revolver passenden Patronen an sich genommen zu haben. Im übrigen gaben alle beteiligten Angeklagten übereinstimmend an, bei diesen Diebstahlaktionen in dem Glauben gehandelt zu haben, daß sie als Arbeiter aus Gründen der Notwehr gewissermaßen berechtigt seien, sich mit allen Mitteln in den Besitz von Waffen etc. zu setzen, da in den Kreisen der Arbeiterschaft überall bekannt gewesen sei, daß die Fasziisten seit längerer Zeit über Kampfmittel verfügten, deren sie sich nach ihrer (der Arbeiter) Auffassung doch lediglich gegen die Arbeiter zu bedienen beabsichtigten.

Die Nachmittagsverhandlung befaßte sich in erster Linie mit einem vollendeten Sprengstoffdiebstahl beim Kaufmann Keller in Zell am 22. auf den 23. Januar vorigen Jahres. In einer der vorangegangenen Verhandlungen sprach der Angeklagte Nimmmele über die fasziistischen Pläne insbesondere über den Schlageterbund, wogu Nimmmele heute weiter erklärte, daß die Arbeiter auch ein Recht gehabt hätten, sich Waffen zu verschaffen, zumal die Fasziisten im Besitz von Waffen waren. Nimmmele bestritt jedoch, daß damals ein militärischer Ausschuß gebildet worden sei. Die Angeklagten Mechaniker Bachmann und Gustav Weiß, Bauarbeiter aus Zell i. B., traten nunmehr gleichzeitig mit in die Vernehmung ein, wobei Bachmann, der erheblich vorbestraft ist, erklärte, daß Nimmmele ihn und Klagowski aufgefordert habe, Handgranaten anzufertigen. Von der Bildung eines militärischen Ausschusses sprach der Angeklagte Weigenberger, eine Beteiligung lehnte er ab, weil er auswärts in Arbeit stand. Der Angeklagte ist übrigens wegen Zuwiderhandlung gegenüber den Anordnungen der SPD-Zentrale aus der Partei ausgeschlossen worden.

Nimmmele widerspricht den Aussagen dieser beiden Angeklagten. Klagowski, der ebenfalls nicht mehr der SPD angehört, sagte aus, daß Nimmmele zur Anschaffung von Waffen aufgefordert habe, da auch die Hitler bewaffnet seien. Von der Bildung eines militärischen Ausschusses sei gesprochen worden, auch sei er aufgefordert worden, Handgranaten anzufertigen, was er jedoch ablehnte. Der Angeklagte Nimmmele sagt aus, die Anordnungen zur Ausführung des Diebstahls in dem Pulverhaus Keller seien von Grether ausgegangen, dem er nicht habe widersprechen können. Am Einbruch im Pulverhaus Keller sind außer Grether auch Klagowski und Bachmann beteiligt gewesen, während die anderen in gewisser Entfernung zurückblieben. Grether hat im Pulverhaus Sprengstoffe an sich genommen und hat diese dann in Befestigung des Heß nach Wörzach gebracht. Klagowski sagte noch aus, daß Nimmmele ihm für die Anfertigung von Handgranaten Frankenbezahlung versprochen habe. Er und Bachmann erklärten weiter, daß Grether ihnen nicht erschienen gedroht habe, wenn sie seinen Befehlen nicht Folge leisteten. Wie aus der Vernehmung sich weiter ergab, ist die vollkommene Beschaffung der Munition damals nicht zur Ausführung gelangt, weil die Beschaffung eines Autos in dieser Nacht unmöglich war. Der Diebstahl ist vielmehr erst am folgenden Abend des 23. Oktober zur Ausführung gebracht worden. Pulver und Nitrolyt, ein sehr gefährlicher Sprengstoff, wurden in einem Felsenkeller in der Nähe der Wohnung des Angeklagten Jäh untergebracht. Der Händler Karl Scherle, der zur Mithilfe herangezogen wurde, sagte nach anfänglichen Zeugnissen aus, er habe gewußt, daß Pulver etc. in den Kisten war. Weiterverhandlung Donnerstag vormittag 9 Uhr.

7. Verhandlungstag

Freiburg, 20. Nov. Die heutige Verhandlung begann um 10 Uhr mit der Stellung von einigen Beweisunterlagen seitens der Verteidigung, die zur Entlastung der Angeklagten Schmierer-Vörrach-Seiten und Robert Meyer-Brandenburg dienen sollen. — Der Gerichtshof hat sodann hietüber Beschluß gefaßt mit dem Ergebnis der Ablehnung wegen Unerschließlichkeit. Dagegen wurde mitgeteilt, daß dem Antrag des Oberreichsanwalts stattgegeben wurde, wonach zwei richterliche Beamte der Voruntersuchung als Zeugen geladen werden sollen, um zu bekräftigen, daß ihnen gegenüber die gleichen Aussagen gemacht wurden, wie gegenüber dem Gerichtskommissar Holland.

Sodann wurde in die Prüfung der Frage eingetreten, wie die Sprengstoffmengen aus dem Pulverhaus Keller in Zell i. B. nach Wörzach geschafft wurden, wobei Steiner eine entscheidende Rolle gespielt haben soll, was dieser leugnet. Der Angeklagte Roth, der den Auftrag erhalten hatte, die Sendung in Empfang zu nehmen, und der seinerzeit Steiner als Auftraggeber genannt hatte, erklärte heute, daß er Steiner mit Langendorf verwechselt habe, wogu letzterer auch von Langendorf bestätigt wurde. Aber im übrigen bezeugte er einen unbekanntem Genossen als Auftraggeber. Im ganzen sind etwa 20 Mann beim Transport der Sprengstoffmengen beteiligt gewesen, die von dem Angeklagten als illegales Material bezeichnet wurden. Grimm bestätigte, daß er unter

Megalem Material Waffentransporte verstanden habe. Seitens des Angeklagten Schmierer, des vermittelnden Spagetti, wurde erklärt, daß „Kleister“ aus Zell geholt werden sollte, worunter wohl die Sprengstoffmengen zu verstehen sind. In einem früher verlesenen Kaffiber wurde Schmierer aufgefordert, bei seiner Aussage bezüglich des „Kleisters“ zum Annehmen der Platte zu bleiben. — Die Frage des Vorsitzenden, warum denn solcher gerade aus Zell geholt werden mußte, beantwortete der Angeklagte Schmierer mit Stillschweigen. Grimm bestätigte, daß auf dem Transport des „Kleisters“, der eine ganze Anzahl Kufsäde füllte, zu einem der Leute, der sich eine Zigarette anzündete, gesagt wurde: „Ruh auf, du bist nicht in die Luft fliegst“. Schmierer bleibt aber dabei, daß er tatsächlich an den Transport von „Kleister“ geglaubt habe. Aus einem längeren Kaffiber geht aber hervor, daß bezüglich der „Kleister“ sehr eingehende Versuche einer Beeinflussung des Schmierer durch Grimm gemacht wurden, da man befürchtete, daß der Angeklagte Roth „Dummheiten“ gemacht hätte, die Roth selbst hätte tun sollen. Schmierer gab den Kaffiber zu, bezeichnete aber die Auffassung des Gerichts, daß Kleister mit Pulver hier identisch sei, als unrichtig.

Nationalsozialisten vor Gericht

DZ. Offenburg, 19. Nov. Heute vormittag begann unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Engler in der hiesigen Strafkammer die Verhandlung wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik gegen 23 Personen, zumeist aus Lehr, nämlich den Kaufmann Wilhelm Dhanber, den Kaufmann Hermann Stolz in Freiburg, den Kaufmann Karl Brand, den Kaufmann Otto Matzke, den Kaufmann Erwin Keller in Dinglingen, Edwin Klausmann, den Kaufmann Ernst Friedrich Soos, den Kaufmann Erich Richard Knurr, den Kaufmann Otto Ernst Duder, den Mechaniker Arthur Kren, den Stuhlfabrikant Kamill Ringwald, den Holzbildhauer Wilhelm Ringwald, den Kaufmann Fritz Koller, den Kaufmann Karl Wolf, den Krebsergolder Robert Schäfer, den Kaufmann Amandus Feil, den Registrator Johann Weisner, den Verwaltungsassistenten Wilhelm Marath, den Kaufmann Ernst Gerhardt, den Kaufmann Karl Binz, den Buchdrucker Willi Bed, den Magazinverwalter Albrecht Füller in Dinglingen, den Schlossermeister Paul Wähler und den Oberstabsarzt Tierarzt Gräbentisch in Kirchbach. — Gegen die beiden früheren Angeklagten Unterlehrer Hebel in Lehr und Pfleger in Dinglingen wurde das Vergehen schon vorher abgetrennt und durch Strafbefehl erledigt. — Die Angeklagten — Gräbentisch ausgenommen — sind beschuldigt, in Jahr im Laufe des Jahres 1923 als Mitglieder der nationalsozialistischen Arbeiterpartei, die für das Gebiet Baden durch Verordnung des Ministers des Innern vom 16. Juni 1923 aufgelöst worden war, sowohl in ihrer Jugendzeit als zu dieser Partei mit ihrem Hauptziel in München, als auch in ihrer Jugendzeit zu der von ihnen gebildeten örtlichen Vereinigung dieser Partei in Lehr an einer aufgelösten Vereinigung als Mitglieder sich beteiligt zu haben. Osiander und Stolz haben im Laufe des Jahres 1923 auf Kosten der Lehr Parteigenossen 1 Inf.-Gewehr und 4 Karabiner, sowie ein Seitengewehr erworben, diese Waffen zunächst in Lehr und von Ende September ab in Kirchbach in dem Anwesen des Gräbentisch, der davon Kenntnis hatte, heimlich aufbewahrt. Es haben somit Osiander, Stolz und Gräbentisch es unternommen, von dem Aufbewahrungsort eines bis dahin verheimlichten Waffenbestandes, das sie in Eigentum oder Gewahrsam hatten, der Behörde unzulässig Kenntnis zu geben. Das Urteil lautet wie folgt: Die Angeklagten Wilh. Osiander, Hermann Stolz, Karl Brand, Ernst Friedrich Soos, Richard Knurr sowie Amara Feil und Hans Gerhardt werden wegen Vergehens nach § 19 Absatz 2 des Gesetzes zum Schutze der Republik verurteilt und zwar Osiander und Stolz zu vier Monaten Gefängnis, die übrigen Angeklagten zu drei Monaten Gefängnis. Die Angeklagten Gräbentisch, Osiander und Stolz, letztere beide wegen in einer weiteren selbständigen Handlung verübten Vergehens nach § 3 der Verordnung über Waffenbesitz vom 23. Januar 1919, erhielten eine Geldstrafe von je 100 Mark, eventuell 10 Tage Gefängnis, Gräbentisch von 50 Mark, eventuell 5 Tage Gefängnis. Die beschlagnahmten Waffen werden eingezogen. Die übrigen Angeklagten werden freigesprochen. Soweit Freispruch erfolgte, werden die Kosten des Verfahrens von der Staatskasse getragen, die übrigen Kosten fallen den Verurteilten zur Last.

Der badische Heimatdank

P.A. Eine Einrichtung, auf die während des Krieges Tausende von Verwundeten und Tausende von Witwen und Waisen voll Goffnung und Dank für empfangene Hilfe gebildet haben, ist seitdem nahezu in Vergessenheit geraten. Der badische Heimatdank, entstanden in der Begeisterung der Kriegszeit aus dem edlen Bestreben, den Kriegsverletzten und Hinterbliebenen „der Heimat Dank“ abzustatten, kann auf große Erfolge in jener Zeit zurückblicken. Mit den damals ihm großzügig zur Verfügung gestellten Spendemitteln war es ihm möglich, durch seine ausgedehnten Lehrerkreisen beim Reservebezirksamt Stillingen, durch seine weiterverbreitete Arbeitsvermittlung und durch vielfache wohlorganisierte Fürsorgeeinrichtungen die Kriegsoffer vor Not und Elend zu bewahren, sie geistig wieder aufzurichten und sie wieder zu werktätigen und zukunftstrotzen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft zu machen. Ohne diese freiwillige Kriegsopferversorgung des badischen Heimatdanks hätte die erst wesentlich später (1919) organisierte amtliche Fürsorge ein schreckliches Chaos vorgefunden. Auch hier galt der alte Satz: Wer schnell gibt, gibt doppelt.

Aber auch nach Übernahme der Kriegsopferversorgung durch das Reich und den Staat ist der Heimatdank nicht untätig geblieben. Er hat seine Tätigkeit dahin abgeändert, daß er die reichsgerichtliche Fürsorge „ergänzen“ will und hat damit seine Arbeit auf diejenigen Gebiete eingestellt, auf denen sich zu betätigen der amtliche Fürsorge ihre Geldmittel nicht in dem wünschenswerten Umfang gestatten. Der Heimatdank hat in seiner Ergänzung der amtlichen Fürsorge u. a. Darlehen an die Kriegsoffer zu werbenden Zwecken ausgegeben, die Erholungsheim für Kriegsopfer durch Erwerb und Betrieb des „Erholungsheims Steinabach“ gefördert, er hat ferner das Krankenhaus Hochbach zur Heilung der bedauernswertesten der Kriegsoffer, der schwer Verwundeten, übernommen und fortgeführt. Diese Tätigkeit vollzog sich im Stillen. Gerecht wurde nicht viel, aber gearbeitet, überall, da, wo sich eine Möglichkeit bot, das Schicksal der Kriegsoffer zu erleichtern.

Heute ist nun der Verein vor die traurige Tatsache gestellt, daß jene in der Kriegszeit gesammelten Spendemittel durch die Inflation nahezu wertlos geworden sind. Der Verein, der sich während des Krieges mit seinem sehr ansehnlichen Vermögen stark und gerüstet fühlen konnte, ist heute bettelarm. Um seine Aufgaben erfüllen und die amtliche Kriegsopferversorgung weiterhin ergänzen zu können, hat es sich der Gesamtvorstand des Vereins zur Pflicht gemacht, den Verein wieder zu neuem Leben zu erwecken. Der Verein will nicht betteln, wenn er auch für größere freiwillige Gaben, auch Vermächtnisse, stets dankbar ist, sondern in erster Linie wieder Mitglieder werden. Der Jahresbeitragsbeitrag beträgt nur 5 Mark. Die Bezirks- und Ortsausschüsse werden aber

auf Wunsch auch kleinere Beitragsleistungen gern entgegennehmen. Jeder, der ein Herz hat, der Dankbarkeit für die lebenden Opfer des Krieges fühlt, der „der Heimat Dank“ nicht nur leeren Phrasen werden lassen will, trete ein in den Verein oder erneuere seine alte Mitgliedschaft bei seinem Bezirks-Ortsausschuß oder bei dem Gesamtvorstand des Vereins in Karlsruhe. Schreiben und Anfragen sind zu richten: in den Bezirken an den Herrn Landrat, in den größeren Städten an den Herrn Oberbürgermeister oder an den Gesamtvorstand des Vereins Badischer Heimatdank in Karlsruhe. (Kontakto bei der Badischen Bank in Karlsruhe.) Der Gesamtvorstand und die Bezirks- und Ortsausschüsse des Heimatdanks arbeiten sorgsam in engstem persönlichem Einvernehmen mit der amtlichen Kriegsopferversorgung. Die Beiträge und Spenden kommen reiflos den Kriegsoffern zugute, da sämtliche Organe des Badischen Heimatdanks ehrenamtlich tätig sind.

Zur Räumung des Karlsruher Rheinhafens

Dem Oberbürgermeister von Karlsruhe ist das nachfolgende Schreiben des badischen Staatspräsidenten, Herrn Minister Dr. Gellbach zugekommen:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Die militärische Befehung des Rheinhafens und des angrenzenden Gebietes hat den beteiligten Bewohnern, wie den dort ansässigen Unternehmungen, schwere Beeinträchtigungen auferlegt. Bedingt durch das bestimmte Verhalten aller Kreise sind eine weitere Ausdehnung der Befehung und erhöhte Schwierigkeiten vermieden worden. Die nunmehr erfolgte Befreiung gibt mir Anlaß, namens der Staatsregierung allen Betroffenen, besonders den Angehörigen der Werke, den Unternehmern in gleichem Maße wie den Beamten und Arbeitern, den Danks und die Anerkennung für ihr echt vaterländisches Verhalten auszusprechen. Ich bitte Sie, die beteiligten Kreise hierüber zu verständigen. Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung Ihr ergebener gez. Dr. Gellbach.“

Der Oberbürgermeister hat das Schreiben den in Betracht kommenden Firmen am Rheinhafen vermittelt und dabei auch dem Danke und der Anerkennung der Stadtverwaltung für die von der Befehung betroffenen Werke, Beamten, Angestellten und Arbeiter Ausdruck verliehen.

Die Gebäudesteuer

P.A. Die Ergebnisse der Verhandlung zur Gebäudesteuer stehen nunmehr fest — Verhörungen im geringem Umfang vorbehalten —. Nach den langwierigen Beratungen des Gebäudenausschusses im Landtag und nach den heftigen Auseinandersetzungen, die sich dabei insbesondere auch über die Befreiungen, die die Ermäßigungen ergeben haben, wird es von Interesse sein, zu erfahren, daß sich nunmehr die Steuerwerte und die Steuerbeträge in folgender Weise auf die verschiedenen Gemeinden verteilen:

Auf	Gebäudesteuerwerte	Monatlicher Steuerbetrag für Land und Gemeinden
12 Städte: Baden, Bruchsal, Dur-lach, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz, Lehr, Lörrach, Mannheim, Offenburg, Pforzheim	2 429 156 300	1 943 325
45 Gemeinden mit 4000—15 000 Einwohnern	440 344 600	362 275
eine 380 Gemeinden mit 1000 bis 4000 Einwohnern	606 300 300	404 240
eine 1134 (einschließlich der Reserveorte 1350) Gemeinden unter 1000 Einwohnern	257 618 300	206 094
zusammen:	3 932 419 500	2 903 934

Von den rund 4,7 Milliarden Mark Steuerwerten der Gebäude, die der allgemeinen Gebäudesteuer unterliegen, bleiben hiernach von der Gebäudesteuer mehr als 1 Milliarde Mark Steuerwerte frei.

Die Bismarck

P.A. In einer Notiz, die kürzlich in einem Blatt der badischen Landzeitung erschienen ist, wird auf das Auftreten der Bismarck in der Tauber mit dem Bemerkung aufmerksam gemacht, daß dieser gefährliche Fischgraben bereits in unseren Gewässern heimlich geworden ist. Die sofort angestellten Erhebungen haben nicht mit Sicherheit ergeben, daß es sich bei dem einen beobachteten Tier um eine Bismarck handelt; höchst wahrscheinlich war es eine große Wesserratte. Es gibt ein sicheres Merkmal zur Unterscheidung der Bismarck von der Wesserratte, nämlich den Schwanz, der bei der Bismarck seitlich und messerartig zusammengedrückt, bei der Wesserratte dagegen rund ist.

Die Bekämpfung der Bismarck ist bereits durch Verordnung vom 16. April 1919 (G. u. V.M. S. 297) angeordnet, deren § 2 die Verpflichtung zur Anzeige an das zuständige Bezirksamt vorsieht, falls das Vorkommen dieses Tieres festgestellt wird.

Die Bekämpfung des Kruppes

P.A. Die vorübergehende Bekämpfung des Kruppes bei den Schulkindern mit kleinen Jobgaben, die sich in der Schweiz und in Württemberg seit mehreren Jahren betreibt hat, ist jetzt auch in Baden durch das Ministerium des Innern in allen häußer vom Krupp betroffenen Gebieten des Landes bei den Gemeindevorständen und Schulärzten angeregt worden.

Nach den vorliegenden und umfangreichen Beobachtungen genügen für die vorübergehende Kruppbekämpfung sehr geringe Jobmengen. Die besonders im Ausland gemachten Erfahrungen haben gezeigt, daß Gaben, die noch vor wenigen Jahren als unbedenklich erschienen sind, im Laufe der Zeit keineswegs gleichzeitige Gesundheitsstörungen hervorgerufen hatten. Es war darum besondere Vorsicht in der Dosisierung geboten, so daß jetzt, zumal bei der angewohnten amtlichen Überwachung, jede Gefährdung der Schulkinder ausgeschlossen ist.

Die fortwährende Verabreichung des Mittels, die am zweckmäßigsten in Tablettenform erfolgt, geschieht einmal in der Woche in den in Betracht kommenden Gemeinden an die Schulkinder vom 6. bis 14. Jahre. Sie ist zunächst für die Dauer eines Kalenderjahres (mit Ausschluß der Ferien) vorgesehen.

Jedes Schulkind, für dessen Bekämpfung die vorgeschriebene, schriftlich eingeholte Zustimmung der Eltern vorliegt, wird vom Schularzt, beim dem Arzt, der die vorübergehende Kruppbekämpfung leitet, vor der Zulassung zur Jobverabreichung, genau untersucht. Kranke insbesondere nervöse Kinder und vor allem Kinder mit gesteigerter Erregbarkeit des Zervens sind ausgeschlossen. Die Schulkinder werden während der Dauer der Jobverabreichung vom Arzt überwacht. Für die Durchführung dieser für die Volksgesundheit so außerordentlich wichti-

gen Maßnahme ist die verständnisvolle Mitwirkung der Eltern und vor allem auch der Lehrerschaft unerlässlich.

Bei dieser Gelegenheit muß ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß auch für Erwachsene aus jeder nicht vom Hausarzt verordneten und überwachten Einnahme jobhaltiger Mittel ernste gesundheitliche Gefahren entstehen können. Es kann daher vor denotigen Jobturen, die ohne Zuziehung eines Arztes vorgenommen werden, nicht eindringlich genug gewarnt werden. Die in der Schweiz neuerdings eingeführte Methode, der Bevölkerung ein mit einem Jobstoff versehenes Kochsalz zur Verjüngung zu stellen, hat bis jetzt, trotz gewisser Erfolge, nach sachverständigem Urteil, noch nicht so einseitige Ergebnisse gezeigt, daß sie schon jetzt bei uns zur allgemeinen Einführung ohne Bedenken zugelassen werden kann.

Vorstandssitzung der Landwirtschaftskammer

Der Vorstand der Bad. Landwirtschaftskammer hat in seiner gestrigen Sitzung wiederholt Stellung genommen zu dem Entwurf eines Reichsgesetzes über das Auerrecht, ferner hat er sich mit dem Solltarif für landwirtschaftliche Erzeugnisse befaßt. Weiter wurde die Denkschrift des Reichsministers der Finanzen über eine eventuelle Wänderung der Umsatsteuerung besprochen, worin unter Bezugnahme auf das frühere Steuerprogramm der badischen Landwirtschaft ein Abbau der Umsatsteuer verlangt wurde. Unter Zustimmung zu den Vorschlägen des Ausschusses für Fortwirtschaft wird eine Herabsetzung des Steuerkapitals des Waldes für die Grund- und Gewerbesteuer verlangt, da die jetzigen Steuern aus dem Ertrage, h. h. aus dem Zuwachs des Waldes nicht aufgebracht werden können. Auch wird die Ausdehnung des fortwirtschaftlichen Unterrichts an den Winterschulen in den Waldbaugemeinden gewünscht. — Um der zunehmenden Bedeutung der Vieh- und Milchwirtschaft gerecht zu werden, wurde beschloffen, die Ausbildung von jungen Landwirtschaftlichen, welche sich dem Metzgerberuf widmen wollen, auf dem Versuchs- und Lehrgute der Badischen Landwirtschaftskammer in Dornes und in dem Gutsbetrieb des Grafen Douglas in Langenstein durchzuführen. — Zur Unterstützung der Deutschen Rindvieh- und die badische Landwirtschaft auf die im Dezember stattfindende Dörferwoche durch eine Bekanntmachung hingewiesen werden. — Ferner wurde, da die Wahlperiode der jetzigen Landwirtschaftskammermitglieder mit dem 22. Mai 1925 abläuft, als Wahltag für die neuen Wahlen Sonntag, 24. Mai 1925, vorgeschlagen.

Kommunale Rundschau

Der Geldverkehr der Mannheimer Sparkasse. Wie das städtische Nachrichtenamt Mannheim berichtet, betrug bei der Mannheimer städtischen Sparkasse in den vier Wochen vom 6. Oktober bis einschließlich 2. November d. J. die Zahl der Einlagen (Spar-, Scheck- und Giroverkehr) 4959 mit einem Betrag von 2 291 594,03 Mark. Die Zahl der Rückzahlungen belief sich in derselben Zeit auf 5 822 mit einem Betrag von 1 892 347,74 Mark, so daß sich eine Mehrerlage von 399 246,29 Mark ergab.

Der Bürgerausschuß Baden-Baden setzte einen Antrag des Stadtrates gemäß die Preise für Wasser, Gas und Strom mit Wirkung vom Oktoberverbrauch ab wie folgt fest: Wasser je Kubikmeter 20 Pf., Gas je Kubikmeter 20 Pf. (Grundpreis), Lichtstrom je Kilowattstunde 52 Pf., Kraftstrom je Kilowattstunde 28 Pf. (Grundpreis). Bei Gas- und Kraftstrom sind Staffelpreise festgesetzt, durch welche sich der Preis je nach der Höhe der Abnahme bis zu 16,3 bzw. 16,5 Pf. senkt. — Ferner wurde einem Antrag des Stadtrates zugestimmt, der besagt: Zum Zwecke der Einbeziehung von Baden-Baden in das deutsche und internationale Luftverkehrsnetz soll auf dem städtischen Flughafen in Baden-Dos ein Flughafen werden. Die Kosten hierfür sind auf 50 000 Goldmark veranschlagt.

Vom Offenburger Stadtrat wurde kürzlich die Gaspreisfrage behandelt, da aus verschiedenen Bevölkerungskreisen Klagen darüber geführt wurde, daß der Offenburger Gaspreis höher sei als der anderer Städte. Die Werksleitung konnte sich jedoch nur zu einer Ermäßigung des Gaspreises auf 20 Pf. pro cbm verstehen. Sie erklärte, das Offenburger Gas sei bedeutend besser als das anderer Städte, wo der Gaspreis z. B. nur 17 Pf. betrage. Wenn man den Heizwertwert des Offenburger Gases bei einem Preis von 22 Pf. mit dem einer Stadt mit einem Gaspreis von 17 Pf. vergleiche, so ergebe sich, daß der Offenburger Gaspreis, nach dem Heizwertwert berechnet, nur 17,1 Pf. betrage. — Der Hoch- und Kulturplan der städtischen Wälder wurde nach dem Vorschlag des Stadtrates genehmigt. Zu bemerken ist hierbei, daß anstelle der bisherigen Flächenzunahme des Stadtwaldes künftig die Wassermulung tritt. Auf Grund der angestellten Berechnungen können der Stadt in jedem Wirtschaftsjahr 6000 Festmeter Holz zugewiesen werden.

Für Auflösung des Kreier Bürgerausschusses. Innerhalb der Bevölkerung in Rehl sind starke Strömungen vorhanden, die noch vor der kommenden Bürgermeisterwahl eine Auflösung der städtischen Körperschaften — Gemeinderat und Gemeindevorstandskollegium — herbeizuführen wünschen. Als Grund wird angegeben, daß der derzeitige Zusammenschluß der beiden Körperschaften nicht mehr dem Mehrheitswillen der Einwohnerschaft entspricht. Es soll eine Volksabstimmung nach § 77 der Gemeindeverordnung herbeigeführt und eine Auflösung des Bürgerausschusses beantragt werden.

Aus der Landeshauptstadt

Zum Besten der Baltischen Rottfische sprach vorgestern Abend im Kongreßhaus General a. D. Graf v. d. Goltz, der Vortrager Finnlands, über Deutschlands Aufgaben und Ausichten im Osten. Professor Dr. A. v. Antropoff begrüßte die zahlreich erschienenen, besonders General v. d. Goltz, dem es zu danken sei, daß die baltischen Länder vor dem großen Elend des Bolschewismus errettet worden seien. Zum allgemeinen Verständnis wurden einige typische Stadt- und Landschaftsbilder aus Litauen, Lettland, Estland und Finnland vorgeführt. Sodann entwickelte General v. d. Goltz die Geschichte dieser Länder und zeigte, was der deutsche Orden im jahrhundertelangen Kampf dort geleistet habe. Trotz aller Rückschläge, welche die Geschichte brachte, haben sich die Wälder die germanische Kultur bis heute erhalten. In den Randstaaten hätten wir bei günstigem Ausgang des Krieges mindestens 6 Millionen Deutsche ansiedeln können. Aber auch heute noch müssen wir Deutsche unser Augenmerk auf diese Länder richten. Der Redner charakterisierte die heutigen Zustände in den einzelnen baltischen Randstaaten Litauen und Lettland die heutigen Verhältnisse unheilbar sind. Er schilderte die Verdrängung der Deutschen, welche große Pionierarbeit gegenüber der Inkultur der großen Masse der dortigen Bevölkerung geleistet haben. Das intelligente Finnland dagegen habe durch seine innere Entwicklung besonders durch seine große Erleichterungsarbeit an der Jugend und dem Militär eine wirksame Schranke dem Bol-

Schwärmus entgegengesetzt. Bei der wirtschaftlichen Not der baltischen Länder ist es schwer für einen Deutschen unterzukommen. Der Redner ging noch auf die inneren Zustände Rußlands und die unheilvollen Wirkungen des Bolschewismus ein. Wenn es auch vorläufig hoffnungslos sei, daß sich die Zustände im Osten in absehbarer Zeit ändern, so dürfe doch das Interesse für diese Länder und für die vielen in Deutschland lebenden Baltten nicht erlahmen. Die Politik der Polen, die eine große Gefahr für das Deutschtum besonders in Danzig bilde, müsse es den deutschen Kommissionen zur Pflicht machen an der dortigen technischen Hochschule einige Semester zu studieren. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Der nachfolgende Film zeigte eine Parade des finnischen Militärs in Helsinki, welche General a. D. v. d. Goltz anlässlich seiner Anwesenheit bei der Jahresfeier am 20. Oktober der gefallenen Deutschen abnahm.

Militärkontrollkommission. Von Stuttgart kommend traf gestern morgen die Kontrollkommission, bestehend aus einem englischen und einem französischen Offizier sowie einem Major der Reichswehr als Verbindungs-offizier, zu unangefangem Besuch der Karlsruher Betriebe ein. Dem Besuch der Etlinger Präzisionswerke folgte eine längere Besichtigung der Maschinenbaugesellschaft. Bei beiden Besuchen fand, wie das „Karlsruher Tagblatt“ berichtet, die Kommission keinerlei Gründe zu Beanstandungen.

Opferwoche der deutschen Wirtschaft. Bekanntlich findet im Dezember in Reihe die Opferwoche der Deutschen Nothilfe statt, in der die von der Reichsüberverwaltung zugunsten der Deutschen Nothilfe herausgegebenen Wohlfahrtsbriefmarken im weitesten Umfang Verwendung finden sollen. In Baden findet diese Opferwoche in den Tagen vom 14.—21. Dezember statt. Wie wir erfahren, wird in den nächsten Tagen noch ein besonderer Aufruf erlassen werden.

Das Schwurgericht tritt heute zu einer zweitägigen Sitzung zusammen.

Handwerkskammerwahlen 1924. Am Sonntag fand im Colosseum in Karlsruhe eine außerordentlich gut besuchte Handwerkskammerwahl statt, in der die Wahlvorschlagslisten zur Neuwahl der Handwerkskammer Karlsruhe aufgestellt wurden. Im Auftrage der wahlberechtigten Wahlgruppen begrüßte Schreinermeister Wörz (Vorsitz) die Anwesenden und wies auf die Bedeutung hin, welche der Handwerkskammer als öffentlich rechtliche Interessenvertretung des Handwerks zukommt, wobei er deren Aufgabenkreis schilderte. Bezüglich der Wahlen selbst ergibt sich folgendes: Die Wahlen haben bis spätestens 1. Dezember 1924 stattzufinden und zwar sind 18 Kammermitglieder von den wahlberechtigten Gruppen neu zu wählen. Die Kammer selbst ergänzt sich durch Zuwahl von 5 Mitgliedern und besteht in ihrer endgültigen Zusammensetzung aus 30 Mitgliedern. Aus dem Gange der Verhandlungen ist zu erwähnen, daß auch eine Vertreterin des weiblichen Handwerks in die Vorschlagsliste der Kammermitglieder und weiterhin eine Vertreterin in die Vorschlagsliste der Erfahrene aufgenommen wurde. Dies ist darauf zurückzuführen, daß das weibliche Handwerk sich im Laufe der letzten Jahre gut organisiert hat und große Anstrengungen macht, sich seiner Bedeutung entsprechend durchzusetzen.

Zusammenkunft der Stromabnehmer. Im Interesse eines einheitlichen Stromabnehmerverbandes für Großabnehmer mit dem Badenwerk haben sich die hauptsächlichsten Elektrizitätsabnehmer des Handelskammerbezirks Karlsruhe u. a. zusammengeschlossen. Es fanden bereits die ersten Verhandlungen der eingeleiteten Kommission mit den maßgebenden Vertretern des Badenwerkes statt. Dieses gemeinsame Vorgehen wurde veranlaßt durch den Landesverband Baden-Nheinpfalz des Reichsverbandes der Elektrizitätsabnehmer.

Landestheater. Infolge Erkrankung von Theodor Heuser findet heute, Donnerstag, an Stelle Pflügers „Die Rose vom Liebesgarten“ eine Aufführung von Lorhings „Undine“ in der bekannten Besetzung statt. Beginn der Vorstellung 8.30 Uhr. — Bei der am Freitag, dem 21. November, stattfindenden ersten Wiederholung von Goethes „Faust“ (I. Teil) wird die Rolle der Margarete Fräulein Wurfhammer, die des Mephistopheles Herr Bühner, des Valentin Herr Ebert und des Schülers Herr van Sauten spielen.

Badisches Landestheater.

Donnerstag, 20. Nov. 6 1/2—9 1/2 Uhr. Sp. I M. 6.—
Abonn. B. 10. Th.-Gem. B. V. B. Nr. 3701-4000, 4501-4800.

Infolge Erkrankung von Theodor Heuser
anstatt „Die Rose vom Liebesgarten“

Undine.

Freitag, 21. Nov. 6 b. n. 10 Uhr. Sp. I M. 4.50.
Abonn. E 9. Th.-Gem. B. V. B. II. Sondergruppe.
In der Neuinszenierung:

Faust. I. Teil.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus
Samstag, 22. November, 8 Uhr abends, und
Sonntag, 23. November, 4 Uhr nachmittags

2 Lichtbildervorträge
ZEPPELIN
L. Z. 126 D. 763
seine Entstehung und seine Fahrten
durch Deutschland 1924
Vortragender: Herr F. Leiber, Freiburg
Die Bilder sind von der Zeppelinwerft zur Verfügung gestellt und werden ergänzt durch herrliche, vorher noch nie gesehene **Farbphotographien** der Geophot Freiburg, aufgenommen durch den Vortragenden während der Deutschlandfahrt des L. Z. 126
Vorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstraße
Preise: M. 1.70, 1.50, 1.— und 0.60
Konzerthaus geheizt

Berichtigung.
In der Bekanntmachung der Badischen Bank in Nr. 268 vom 15. November 1924 lautet das Datum auf der Badischen Banknote nicht
Karlsruhe, den 11. Oktober 1924.
Mannheim, den 11. Oktober 1924.
Karlsruhe, den 11. Oktober 1924.

Kurze Nachrichten aus Baden

Von den badischen Hochschulen. Bei der dritten und letzten Immatrikulation der Universität Freiburg wurden 104 Studierende (darunter 17 Frauen) neu aufgenommen. Die Verteilung auf die einzelnen Fakultäten ist folgende: Theologische 11, Rechts- und Staatswissenschaftliche 36, Medizinische 34, Philosophische 16 und Naturwissenschaftlich-mathematische Fakultät 7. Die Gesamtzahl der Studierenden beträgt im laufenden Wintersemester nach der provisorischen Zusammenstellung 2368.

Die 2. evang.-theologische Spätjahrsprüfung. Folgende acht Kandidaten der evang. Theologie haben die 2. theologische Prüfung im Spätjahr d. J. bestanden und sind unter die badischen Pfarrkandidaten aufgenommen worden: Fritz Blanke von Kreuzlingen, Hans Haas von Durlach, Walter Köhler von Stebbach, Wolfgang Kühwein von Mannheim, Heinrich Hill von Bindebach, Karl Renner von Mönchweiler, Paul Schröder von Wüchsenbrunn und Herbert Schropp von Rörach.

W.D. Mannheim, 19. Nov. Heute vormittag fuhr im Bahnhof Neudorf wahrscheinlich infolge Verjagens der Bremse ein Güterzug über die Drehscheibe auf der Pressmauer auf und bohrte sich 1 Meter tief ein. Die nachfolgenden Wagen wurden zusammengehoben, der 2. offene Güterwagen aus dem Geleise gehoben und ein dritter geschlossener Wagen in die Höhe gestellt. Menschen wurden nicht verletzt. Das gefährdete Ruppenthal konnte noch rechtzeitig abpringen. Der Sachschaden ist groß.

W. Heidelberg, 18. Nov. Die Jahresfeier der Universität Heidelberg findet am Samstag, verbunden mit der akademischen Preisverteilung im Saale des neuen Kollegiumsgebäudes statt.

Freiburg, 20. Nov. Im Laufe der vergangenen Nacht ist ein Temperaturwechsel eingetreten. Das Thermometer zeigte heute morgen auf dem Feldberg —3 bis 4 Grad gegen —10 bis 11 Grad am Vortage. Dafür hat in den frühen Morgenstunden leichter Schneefall eingesetzt, der sich bis in die Täler und in die Rheinebene erstreckte. Es ist dies der erste Schnee in diesem Winter.

W. Singen a. S., 18. Nov. Am vergangenen Samstag fand auf dem Bahnhöfchen die Generalversammlung der Schaffelgemeinde statt. Nach Erstattung des Geschäftsberichts wurde zum ersten Obmann Dr. Neuert gewählt. Die Versammlung beschloß, auch im nächsten Jahre wieder Festspiele zu veranstalten und zur Vorbereitung einen Spielausschuß zu bestellen.

Handel und Wirtschaft

Karlsruher Börse. (19. Nov.) Der Besuch ist stark, die Stimmung uneinheitlich. Der Konsum scheint noch gut verjagt und hält gegenüber festen Forderungen noch zurück. Weizen neue Ernte handelsüblich 24,5 bis 25, Roggen neue Ernte gesund und handelsüblich 22,5 bis 23,5, Sommergerste je nach Qualität 25 bis 27,5, Hafer neue Ernte 18,5 bis 21, ausgesprochen minderwertige Ware entsprechend billiger. Mais mit Saad 22,5 bis 22,75, Weizenmehl Mühlenerforderung 38,75 bis 39, Roggenmehl 36,25 bis 36,5, zur Abnahme fähiges Wehl billiger erhältlich. Weizen- und Roggenfuttermehl 16,5 bis 17,25, Weizen- und Roggenkleie 12,75 bis 13,5, Spezialfabrikate entsprechend teurer. Viertreber 19,5 bis 20,5, Malzkeime 16 bis 16,5, Speisefarbstoffen, gelbfleischige 5,5 bis 6 M. Aufzuchtkeime: Lohes Weizenkeime gut, gesund, trocken 8,5 bis 9,5, Luzerne 10,5 bis 11, Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt 5,5 bis 6 M., alles per 100 Kilo. Mähnenfabrikate, Mais, Viertreber und Malzkeime mit Getreide ohne Saad, Frachtparität Karlsruhe, Waggongpreise. Kleinere Quantitäten entsprechende Zuschläge. Weine und Spirituosen: Der Besuch war schwach, die Stimmung zurückhaltend. Wenig Geschäft bei etwas gedrückten Preisen. Spirituosen: Es bestand Nachfrage in Hochbranntweinen bei behaupteten Preisen. Auch Edelbranntweine waren gesucht, jedoch konnten die zum Teil minderwertigen Qualitäten bei den hohen Forderungen nur wenig Absatz finden. Kolonialwaren: Kaffee und Tee im Preise unverändert. Rangoonreis 44, Graupen 0,43, gelbe gepaltene Erbsen 0,40, weiße ungar. Perlbohnen 0,48, Linfen mittel 0,70, amerif. Schweinefett 1,95, Salatöl 1,45, Kristallzucker 0,69, Kakaopulver inländisch 1,5, ausländisch 1,75; alles per Kilo.

Verschiedenes

Der Winter
W.D. München, 20. Nov. Der Winter, der bereits in den letzten Tagen in Bayern einsetzte und in der vergangenen Nacht Schneefälle in München brachte, hat auch nach Meldungen aus Nürnberg in Passau, Memmingen, im nördlichen Bayern, im Böhmerwald und im Allgäu ebenfalls reichlich Schnee mit sich gebracht. So beträgt die Schneehöhe im Allgäu bereits 10 Zentimeter. Auch in Niederbayern fällt noch weiter Schnee.

Die bayerische Großfunkstation am Herzogstand
Die „Münchener Zeitung“ meldet: Die Bauarbeiten an der Großfunkstation am 1700 Meter hohen Herzogstand, die von der Firma Lorenz & Co. in Berlin als größte Station des Kontingents errichtet wird, sind so weit vorgeschritten, daß das Werk im Sommer 1925 in Betrieb genommen werden kann. Die Station soll Rauen und den Eiselturm weit an Leistungsfähigkeit übertreffen.

Staatsanzeiger

Mit Entschliegung vom 4. September 1924 wurde die Vereinigung der abgeordneten Gemarung Großer Gassert mit den Gemeinden Mittelbach und Seelbach (Amtsbezirk Raab) mit Wirkung vom 1. Oktober 1924 derart angeordnet, daß der östliche 109 ha 18 ar 60 q umfassende Teil der abgeordneten Gemarung der Gemarung Mittelbach und der westliche, 112 ha 19 ar 42 q umfassende Teil der Gemarung Seelbach zugeteilt wurde.

Die Anordnung ist rechtswirksam.
Karlsruhe, den 15. November 1924.
Der Minister des Innern.
J. B. Seers.

**Bekanntmachung
Ortskirchenneuerhebung,
hier Zwischverbände.**

Der Minister des Kultus und Unterrichts hat in Anwendung des § 39 Absatz 2 der Evangelischen Ortskirchenneuerverordung in der Fassung vom 29. August 1924 (Bad. Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 256) im Einvernehmen mit dem Landesfinanzamt Karlsruhe seine Zustimmung dazu erklärt, daß für die unten genannten Kirchgemeinden eine Ausnahme von der Vorschrift des § 39 Absatz 1 genannter Verordnung in dem Sinne zugelassen wird, daß sie ab 1. April 1924 — unter Aufstellung getrennter Vorschläge — je für sich ihre Kirchensteuern erheben dürfen und zwar:

- auf Gemarung Heidelberg: die Kirchgemeinden Heidelberg, Handshühshaus, Neuenheim, Kirchheim mit abgeordneter Gemarung Bruchhausen und Wöhlingen mit der Nebengemarung Grenzhof je für sich;
- auf Gemarung Karlsruhe: die Kirchgemeinden Karlsruhe-Mühlburg gemeinschaftlich, Rintheim und Ruppurt je für sich;
- auf Gemarung Mannheim: die Kirchgemeinden Mannheim, Feudenheim, Käferal, Redarau, Rheinau, Sandhofen (mit abgeordneter Gemarung Kirchgartshausen und Sandtorf) und Waldhof je für sich;
- auf Gemarung Pforzheim: die Kirchgemeinden Pforzheim mit der abgeordneten Gemarung Haidach, Wöhlingen und Dill-Weihenstein je für sich.

Karlsruhe, den 12. November 1924.
Der Minister des Kultus und Unterrichts
J. B. Schwoerer.

Verstorben:

Zustizinspektor Adolf Breunig beim Amtsgericht Sengenbach.

Postbezieher

die den Bezug der Karlsruher Zeitung für den Monat Dezember noch nicht erneuert haben, wollen dies **unverzüglich** tun, damit in der Lieferung keine unliebsame Unterbrechung eintritt.

Drucksachen für die Reichstagswahl
Stugblätter, Plakate usw.

fertigt in kürzester Frist
G. Braun

vormalis G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag
G. m. b. H.
Karlsruherstraße 14 **Karlsruhe** Telefon Nr. 952, 953, 954

Soeben erschien:
Sprache der Technik

Übungen im Lesen technischer Zeichnungen, Modellier- und Skizzierübungen für Schüler und zum Selbstunterricht für Jedermann

Von
Ingenieur E. Baumgartner, Gewerbelehrer.
Preis Mark 2.40
40 Skizzenblätter, 8 Seiten Text

Bei dieser neuen Arbeit des bekannten Verfassers tritt wiederum die Eigenart und die Einfachheit der Problemerkennung in Erscheinung. — Kein ödes „Abzeichnen“ sondern selbstschöpferisches Modellieren und Skizzieren der in origineller Weise aus einer Grundform selbst zu schaffenden Modelle. Wertvoll sind die praktischen Winke für die Herstellung perspektivischer Skizzen. Die Anleitung ist so einfach und klar, daß wirklich „Jedermann“ das Lesen und Herstellen technischer Zeichnungen, das heute ein Stück Allgemeinbildung sein soll, dem Wesen nach kennen und begreifen lernt.

Das Werkchen ist auch vorzüglich als Geschenk geeignet.

Verlag G. Braun, G. m. b. H. Karlsruhe

271. Wolsch. Die Geschäftsaufsicht über die Firma Leo Moser, Elgarenfabrik in Galslach i. R. wird aufgehoben.
Wolsch, 17. Nov. 1924.
Amtsgericht.

Metallbetten

Stahlmatt, Kinderbett, direkt an Private, Katalog 78 R frei.
Eisenmöbelfabrik Stahl (Zür.)